

Dresdner Volkszeitung

Postfach 1000, Dresden.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Herausgeber: Dr. Arnold, Dresden.

Aboabonnementpreis einschließlich Versandgebühr monatlich 1.75 M. Durch
die Post bezogen monatlich 1.50 M., unter Kreuzpost für Deutschland
und Österreich-Ungarn 8.00 M.

Telegramm - Adressen: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettinerplatz 10, Tel. 26261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettinerplatz 10, Tel. 25261.
Schlafzeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Einzelabonnementpreis: bis 7 gelieferte Komparatorteile 80 Pfennig, darauf
40 Preise Lernerungszuschlag. — Untere sind im Betrieb zu begleiten. —
Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgefertigten Tagen kann nicht
übernommen werden. — Für Briefmarkenvergütungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 106.

Dresden, Sonnabend den 10. Mai 1919.

30. Jahrg.

Die ersten deutschen Antworten.

Deutschlands wirtschaftliche Knechtung.

Treten die Friedensbedingungen, die die Verbündeten Deutschland auferlegen wollen, wirklich unverändert in Kraft, so wird Deutschland nie mehr die große, wirtschaftliche Bedeutung erlangen, die es vor dem Kriege gehabt hat. Schon vor dem Kriege war Deutschlands Wirtschaft darauf eingestellt, daß es Rohstoffe und Nahrungsmitel aus dem Ausland einzuführen und dafür Beiträge zu leisten habe. Der Friedensvertrag geht systematisch darauf hinaus, Deutschland die Versorgung über Rohstoffe und Nahrungsmitel zu nehmen. Am Osten wird uns ein großer Teil unserer landwirtschaftlichen Lebensmittelgebiete, die uns mit Kartoffeln und Getreide versorgt hatten, abgenommen. Was von Deutschland übrig bleibt, wird noch viel mehr als das frühere Deutschland auf die Einführung von Nahrungsmiteln angewiesen sein. Ebenso werden uns, wenn Oberösterreich und das Saarrevier verloren gehen, Gebiete genommen, die an der Versorgung Deutschlands mit Kohlen und Erz beteiligt waren. Auch hier wird das übrigbleibende Deutschland in Zukunft in noch höherem Grade vom Ausland abhängig sein als bisher.

Dazu kommt dann noch der Verlust aller unser Kolonien. bisher haben unsre Kolonien bei der Rohstoffversorgung Deutschlands eine geringe Rolle gespielt. Erst kurz vor dem Kriege begann die Produktion unsrer Kolonien sich so zu dehnen, daß wir darauf rechnen konnten, in einiger Zeit größere Lieferungen aus unsren Kolonien zu bekommen. Die Aussicht wurde durch einen Verlust der Kolonien wegfallen. Auch jenseit der tropischen Produkte brauchen werden wir für alle Zukunft vom Ausland abhängig sein. Verhältnismäßig wird die Lage Deutschlands dann noch dadurch, daß wir nach den Bedingungen des Friedensvertrags fast unfehlbar gezwungen sind, in den nächsten Jahren noch Staaten für die Entente bauen müssen. Was wir an überflüssigen Waren brauchen, wird also auf fremden Schiffen in unser Land gebracht werden müssen. Freilich braucht man nicht zu glauben, daß wir bestreben, weil wir unsre landwirtschaftlichen Gebiete im Osten abziehen müßen, von dort aus nur mehr Getreide und Futtertiere beschaffen könnten, das auf ehemals kolonialen Routenwerken nicht mehr nach Deutschland schiffen werden wird, und daß es uns an Kolonialprodukten immer fehlen würde.

Die Erzeuger in den in Frage kommenden Gebieten wollen ihre Waren loswerden, sie werden vielmehr Deutschland als Absatzgebiet brauchen und froh sein, wenn sie ihre Waren dort verkaufen können. Aber freilich damit müssen wir rechnen. Deutschland wird immer nur das bekommen, wasbrig ist und was die anderen nicht mehr brauchen. Ferner wird es durch die wirtschaftliche Einschränkung, die uns der Friedensvertrag bringt, für alle Seiten politisch zu einem kleinen Kleinstaat verabredet. Unsre Seemeister brauchen, wenn sie bei Deutschland etwas durchsetzen wollen, nicht mehr ihre Heere gegen Deutschland marschieren zu lassen. Es wäre einer feindlichen Koalition jederzeit leicht möglich, Deutschland dadurch zum Nachgeben zu zwingen, daß ihm die Zufuhr wichtiger Produkte gesperrt wird. Und dabei soll Deutschland noch eine Entschädigung von 100 Milliarden im Gold zahlen, davon 20 Milliarden bis zum 1. Mai 1921. Beides sind sich die Verbündeten darüber klar, daß Deutschland die Verpflichtungen unmöglich von heute auf morgen voll erfüllen kann. Die Zahlungen, die Deutschland an die Verbündeten zu leisten hat, können ja nur in Waren oder Leistungen erfolgen. Augenscheinlich aber ist Deutschland so arm an Waren, daß es große Mengen nach dem Ausland nicht ausführen kann.

Die Leistung der verlangten Entschädigung würde für Deutschland um so schwerer sein, als Elsak-Vollzügen von den deutschen Schulden überhaupt nichts und die übrigen abgetrennten Gebiete nur einen Teil von den Schulden übernehmen sollen, die Deutschland vor dem Kriege gehabt hat. Also ein an Gebieten verkleinertes Deutschland hätte allein die ungeheure Kriegsschuld zu tragen und die Entschädigung zu zahlen. Dazu kommt noch, daß Deutschland durch den Verlust so wichtiger landwirtschaftlicher und Bergwerksgebiete die Möglichkeit stark beschränkt ist, durch die Ausfuhr von Rohstoffen seine Verbindlichkeiten dem Ausland gegenüber zu erfüllen, und haben wir in den nächsten Jahren keine Handelslücke mehr, so ist es uns auch nicht möglich, durch die Leistung von Transportdiensten einen Teil unserer Schulden abzutragen. Es kann daher den Verbündeten leicht passieren, daß sie von den Entschädigungen, die sie gern haben möchten, verdammt wenig zu leben bekommen, weil ihnen Deutschland beim besten Willen nicht in der Lage ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Um die wirtschaftliche Riederholzung Deutschlands vollkommen zu machen, soll uns auch in den Friedensbedingungen die Verpflichtung auferlegt werden, den alliierten Staaten die sogenannte Reisebegünstigung zu gewähren, ohne daß diese überhaupt die gleiche Verpflichtung übernehmen. Deutschland darf, dennoch die Waren aus den alliierten Ländern nicht mit höheren Zöllen belegen, ob die Staaten irgendwelche andere Voraussetzung

dürfen, daß für die Waren, die sie aus andern Ländern einführen. Dadurch kommt Deutschland von vornherein handelspolitisch in eine sehr schlechte Lage. Es hat bei Handelsverträgen mit den alliierten Ländern gar kein Rechtsmittel. Es kann überlebenen Sößen dieser Staaten nicht dadurch entgegentreten, daß es die Hölle für die aus diesen Ländern eingeführten Waren entsprechend erhöht, wenigstens dann nicht, wenn es dritten Staaten gegenüber durch Handelsverträge gebunden ist. Freilich würde es den Alliierten kaum viel nützen, wenn sie nach Deutschland unbedingt Waren einführen könnten, während Deutschland keinen Abzug für seine Erzeugnisse findet. Sie müssten dann eben eine Entschädigung von Deutschland nicht bekommen können, weil diese immer nur durch die Zufuhr von Waren geleistet werden kann und alles, was Deutschland an der Warenschaffung hindert, macht auch die Bezahlung irgendwelcher Entschädigung an die Entente unmöglich.

Eine Fortsetzung, die unter den gegenwärtigen Umständen Deutschland auch sehr empfindlich trifft, ist die nach der Lieferung von Fleisch, unter dem sich allein 140 000 Tschiffen befinden sollen. Es handelt sich zwar hier immer noch um verhältnismäßig kleine Bruchteile unseres Fleischbestandes, der trotz der Verminderung durch den Krieg immer noch nach vielen Millionen zählt. Aber der Mangel an Fleisch und Fisch in Deutschland ist ja so groß, daß die Ablieferung ein empfindlicher Schaden für unsre an sich schon so mangelfreie Volks ernährung bedeuten würde. So sind die Bedingungen, die uns die Entente auferlegen will, zäldend bis aufs äußerste.

Der Gang der Dinge rechtfertigt leider nur zu sehr die Hoffnung der deutschen Wehrheitssocialdemokratie, die während des Krieges alles was sie tun konnte, getan hat, um das deutsche Volk vor einer Niederlage zu bewahren, weil sie sich klar darüber war, welche Gefahren dem deutschen Volke drohen. Freilich darf das deutsche Volk nicht ganz an den Nutzen verlieren. So stehen die Dinge jedenfalls nicht, daß Volk unter allen Umständen sonst und sonderlich verhungern müßten, wenn wir etwa doch die Friedensbedingungen der Entente annehmen, aber wir werden noch viele Jahrzehnte schwer daran zu tragen haben und die Lebenshaltung, die wir vor dem Kriege hatten, in absehbarer Zeit nicht wieder erreichen können. Und dabei ist es doch den Massen des deutschen Volkes auch schon vor dem Kriege sicher nicht allzu gut gegangen.

Holt aber die Entente an ihren Forderungen unvermindert fest, so wird auch sie sich schwer schaffen. Die Henne, die ihr goldenes Ei legen soll, wird durch den Frieden, wie sie ihn will, wenn auch nicht gerade geschlachtet, so doch in ihrer Leistungsfähigkeit aufs läufige geschickt. Keine Widerstandsmittel werden unsren Gegnern die Entschädigung, die sie gern haben möchten, aus Deutschland verschaffen können, wenn eben Deutschland wirtschaftlich so schwach ist, daß man aus ihm nichts herausholen kann. Und außerdem dürften sie ja doch auch Wert darauf legen, in Deutschland wieder Wirtschaftsrechte für ihre Erzeugnisse zu finden. Auch die uns feindlichen Länder haben in dem Kriege ungeheure Verluste erlitten, vor allen Dingen Frank-

reich, dessen wichtigste Industriegebiete durch den Krieg zerstört worden sind. Über ihre Lage wird dadurch nicht verbessert, daß sie Deutschland vernichten. Auch im Interesse der Entente liegt es, daß das deutsche Volk wieder ein leistungsfähiges Mitglied der Völkergemeinschaft wird.

Der Entrüstungsturm.

Der Entrüstungsturm über die vorgetragenen Friedensbedingungen nimmt in ganz Deutschland von Stunde zu Stunde zu. Der Dänische Magistrat heißt sich, eine Abordnung von zwölf Mitgliedern nach Berlin zu senden, die sich mit der Reichsregierung in Verbindung setzen soll. — Der Oberbürgermeister heißt sich Erregung. Es gehen von sehr vielen Orten Protestfundgebungen ein. Vor allem auch, laut Presse, von solchen an der Grenze, die sich entschlossen gegen die Mitgliederung am Vaterland aussprechen. Auch mit Wahlen erheben sich starke Proteste. Auf die Wiederoberung der Rheinlande haben, der Vaterland folgt, die Friedensbedingungen niederschmetzend gewirkt. Man sei einig in dem Willen, in der Zukunft, bringe sie was sie will, treu zum Reich zu leben.

Die Regierungen und Parlamente deutscher Einzelstaaten stellen sich auf Kundgebungen hinter den Protest der Reichsregierung. Der Raum verbietet uns eine Wiedergabe dieser Kundgebungen ebenso, wie einen Abruf der Stimme der ausländischen neutralen Presse, die sich fast einmütig gegen den Gewaltmarsch auspricht.

Die Betrachtungen der Entente-Presse sind noch nicht zu übersehen. Doch tönt aus dem lauten Konzert der Pariser Presse unverhüllte Bosheit und billiger Spott heraus. Mit Ausnahme der sozialistischen fahnen die Blätter fort, die Bedingungen als außerordentlich milde hinzustellen. Bekanntestes verhält sich die italienische Presse. Die italienischen Blätter begeistern in ihren Beiträgen, daß die Verbündeten Praktizierungen eines dauerhaften Friedens bringen werden, ohne allerdings im einzelnen bereits Kritik zu üben. Carte di lotta sarà mia, die Zukunft Europas werde sich beruhigender gestalten wenn die Alliierten die Kraft gefunden hätten, ihre Feinde und ihre Verbündeten und insbesondere ihr Verlangen nach Frieden zu verstehen. Secolo wendet sich offen gegen die Verhandlungen. Angehören der bedeutendsten politischen Ereignisse der letzten Monate mit ihrer militärischen Ausdehnung gewisser Gebiete und ihrer verdeckten Beziehung auf strategische Notwendigkeiten muß sich die Zukunft der ganzen Menschheit qualvoll gefallen, da die Praktizierungen nicht mit dem wirtschaftlichen Gemeinwohl aller zu vereinbaren seien. Der Friede sollte nur die Erziehung von Verhreibungen bedeuten, die vielleicht niemals umgesetzt werden könnten. Der Willen über Festlichkeit bedeute eine Verlegung der Kleidung Deutschlands und der Rechte Italiens.

Die Kundgebungen an die Reichsregierung.

↑ Berlin, 9. Mai. Von zufriedener Seite wird mitgeteilt: Seit Bekanntwerden der feindlichen Friedensbedingungen gehen beim Reichspräsidenten und Reichsministerpräsidenten zahllose Telegramme aus allen Teilen Deutschlands ein, die den entschiedenen Protest gegen die und zuge-

Brockdorff-Ranhaus Antwortnoten.

Wb. Versailles, 9. Mai 1919. Der erste Delegierte der deutschen Friedensdelegation Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Ranhaus hat heute abend folgende Noten an den Präsidenten der Friedenskonferenz Herrn Clemenceau gerichtet:

Versailles, den 9. Mai 1919. Herr Präsident! Die deutsche Friedensdelegation hat die erste Übersicht der überreichten Friedensbedingungen vollendet. Sie hat erkennen müssen, daß in entscheidenden Punkten die vereinbarte Basis des Friedensvertrags verlassen ist. Sie war nicht darauf vorbereitet, daß die dem deutschen Volke und der ganzen Menschheit gegebene Zusage auf diese Weise illusorisch gemacht wird.

Der Vertragsentwurf enthält Forderungen, die für ein Volk unerträglich sind. Vieles ist außerdem nach Ansicht unserer Sachverständigen unerfüllbar. Die deutsche Friedensdelegation wird den Nachweis im einzelnen erbringen und den alliierten und assoziierten Regierungen ihre Bemerkungen und ihre Material fortlaufend zu geben lassen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung
Graf Brockdorff-Ranhaus.

Versailles, 9. Mai 1919. Herr Präsident! Die deutsche Friedensdelegation bekräftigt sich zur Frage des Völkerbundes Stellung zu nehmen, indem sie anbei ein deutsches Programm überreicht, das ihrer Meinung nach zu dem Problem des Völkerbundes wesentliche Anregungen enthält. Die deutsche Friedensdelegation behält sich vor, sich noch eingehend zu dem Entwurf der alliierten und assoziierten Regierungen zu äußern. Sie macht aber doch schon heute auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß Deutschland zwar das Statut des Völkerbundes als einen Bestandteil des uns überreichten Vertragsentwurfs unterzeichneten soll, sich aber nicht unter den Staaten befindet, die zum Eintritt in den Völkerbund eingeladen sind. Die deutsche Delegation stellt die Frage, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen eine solche Einladung beachtigt ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung
Graf Brockdorff-Ranhaus.

(Das in der zweiten Note erwähnte Programm ist der inzwischen in der deutschen Presse veröffentlichte Entwurf eines Völkerbundesstatutes.)

Gemüsekonservenverteilung.

Wochentags 15 bei weissen und roten Preisschlüsseln wird mit 250 Gramm Gemüsekonserven beliefert.

Die Konservenanstalt sind von dem Verbander in einem einklassigen Gefüllte bis zum 15. Mai, von den Kleinhandlern bei der gesetzlichen Kleinhandelsorganisation über dem Großbetrieb bis zum 15. Mai, von diesen bei der Kaufhausanstalt bis zum 17. Mai anzumelden. Nachanmeldungen bleiben untersagt.

Die Verteilung der Gemüsekonserven darf nicht vor dem 2. Mai erfolgen.

Die Kleinhandelsküstelle führt den einzelnen Tagen auf.

Ein Antritt auf eine bestimmte Sorte besteht nicht.

Dresden, 10. Mai 1919. Die Antikauftumanschaft.

Freiwillige Gierablieferung der Geflügelhalter.

Das Amtliche Lebensmittelamt hat, um einerseits die Versorgung der Städte und des innerstädtischen Bedürfnisses in Dresden mit Eiern zu erfüllen und andererseits den Geflügelzüchtern die Möglichkeit zu geben, über übersättigten Markt einen gerechten Verkauf anzustellen, wie im vorherigen Jahre die aus der Landwirtschaftlichen Versammlung eingereicht.

Der jedes abgelaufene Et. erhält der Geflügelhalter 50 Pf. und am Montag 15. Mai einen Höchstbetrag zum Preis von 5 Pf.

Die geforderte Ablieferung der Eier ist der Geflügelhalter im Berat der Ratsmitglieder auszugeben. Auf zu bestätigen.

Im Interesse der Städte und des innerstädtischen Bedürfnisses in Dresden richten wir an die Geflügelhalter die erforderliche Menge von der bestehenden Einsichtung möglichst rasch Gewinn zu machen.

Dresden, am 9. Mai 1919. Der Rat in Dresden.

Wahl.

Gier-Sammelstellen:

Johann Traube, Weberstraße 15. Dr. W. Adam, Schönauerstraße 10. August Martin, Schlossstraße 20. Bruno Stein, Hauptmarkt 15. Paul Müller, Dörfensitz, Gr. 15. Max & Sohn, Goldstraße 12. Hermann Stellius, Dörfensitz, Gr. 19. Karl Liedtke, Dörfensitz, Gr. 8. Emil Weiß, Blumenstraße 4. Adolf Zelle, Blumenstraße 4. Willy Karsch, Obermarkt 13. Gustav Karsch, Obermarkt 13. Hermann Küttig, Taschenstraße 15. Otto Neumann, Schreiberstraße 10. Hermann Ehlemeier, Schreiberstraße 1. Jakob Döbbens, Dörfensitz, Gr. 15.

Erben gesucht!

Am 15. Juni 1919 ist an St. Pauli der Rentner, früher Sammelstellen-Kaufmann, verstorben.

Als mögliche Erben des Verstorbenen kommen in Frage dessen Kinder:

der Schuhmacher Julius Ernst Lorenz, der Tuchmacher Johann Traugott Lorenz, der deren Kinder und werden diese erachtet, sich bei dem Bevölkerungsamt zu melden.

Johann Traugott Lorenz soll sich in der Zeit von 1872-1881 in Dresden aufgehalten haben.

Carl (Gustav), Karl Gustav, Nachkommager.

Sparasse Koschütz

in Koschütz, täglich geöffnet, vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 5 Uhr, vor 6 Uhr, und freitags durchgehend von 8 bis 2 Uhr, jenes Leben Mittwoch von 3 bis 6 Uhr und ab 20 Minuten und legen Sonntag im Moment von 11 bis 12 Uhr, in Pfefferfeger-Mietshaus im Kleinenhof, Grünau, Schenken. Tägliche Verzinsung mit 3% Prozent. Volldeckungslohn 100 Prozent. Geheim-Sparvereinsschein zu kaufen. Die Spülungen werden freien gegeben.

Koschütz, 10. Mai 1919.

Sparasse Niedergörbitz

Gemeindeamt Niedergörbitz, Straße 7. Geschäftsjahr täglich von 8-1 Uhr. [S 188] Tägliche Verzinsung zu 3% Prozent. Volldeckungslohn 100 Prozent. Geheim-Sparvereinsschein zu kaufen.

Die Sparkasse Bühlau

(im Rathaus, Säulestelle der Straßenbahn) versieht Einsätze mit. Bankamt: Allgemeine Deutsche Creditbank, Deutsche Bank u. Dresdner Bank.

Volldeckungslohn 100 Prozent. Geschäftsjahr nur vormittags 9-1 Uhr.

Verbands-Sparasse Groß-Schönau

Gemeindeamt Groß-Schönau, Säulestelle: Gemeindeamt Groß-Schönau, Schloßstr. 1. Postamt: Gemeindeamt Groß-Schönau, Schloßstr. 1.

Geschäftsjahr: verfügt von 8-1 Uhr.

Mögliche Vergütung aller Einlagen mit 3% Prozent.

Geschäftsort: Am Markt, Nr. 16/17. Gemeindeamt Groß-Schönau, Schloßstr. 1.

Sparkasse Klotzsche

Rathaus, 4 Minuten von der Bahnhofstr. der gleichen Straßenbahn - Gemeindeamt: Rathaus, 10.500, Kämmerei 1. Postamt: Postamt Nr. 18/26. [S 127]

Tägl. Vergütung der Einlagen mit 8 1/2 %.

Geschäftsjahr bis auf weiteres nur vormittags 8-1 Uhr.

Stadtsparkasse Rabenau

4 Mill. Einlagen-Guthaben, tägliche Ver-

zinsung zu 3% Prozent, vormittags von 8 bis

1 und 8 bis 5 Uhr geöffnet. Strengste Ge-

heimhaltung der Einlagen. Postamt: Leipzig 20/144. Gemeindeverbands-Sparpost.

Geheimer Verkehr kostengünstig. [S 257]

AMBI in Dresden

Auf der Ausstellung für Wohnungs-Bau in Dresden wird die

AMBI-Dachziegel-Maschine
im Hand-Betrieb
vorgeführt.

Solide Uhren
billig
Uhren-Mstr. Kern, Blumenstr. 69

Durch ein schreckliches Verbrechen wurde am 12. April der Minister des sächsischen Militärwesens

Herr Gustav Neuring

mittler aus seiner Amtstätigkeit gerissen. Alle, die mit ihm zusammen gearbeitet, haben ihn als einen willensstarken, zielbewussten und aufrichtigen Mann von scharfem Verstande geschätzt gesehen, der den Nöten der Zeit nicht nur volles Verständnis, sondern auch ein warnendes und mitfühlendes Herz entgegenbrachte.

Ehre sei seinem Andenken! [S 271]

Die Angehörigen des sächsischen Ministeriums für Militärwesen.

Sozialdemokratischer Verein Dresden-Alstadt.**Nachruf!**

Wir geben unsern Mitgliedern Kenntnis, dass unser so bestellte Weise ums Leben gebrachte Parteigenossen

Gustav Neuring

der sein Leben lang für die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbewegung gewirkt und bis zum letzten Atemzug wie ein Held die Errungenheiten der Revolution gegen ihre Widersacher vertheidigt hat, morgen Sonntag im Krematorium auf Tolkmitsch seinen letzten Ruhe-Ort gewähren wird.

Die Parteigenossen werden ihrem toten Kämpfer nicht vergessen, was er für sie getan hat, sie werden ihm stets in gutem Andenken behalten und ihm ein zahrlängliches Ehrengeleit sichern.

Stellen zu diesem Ereignis morgen Sonntag, nachmittags 1 Uhr, auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz und am Neumarkt. Die Genossen und Genossen werden um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlst. Dresden u. U.**Nachruf!**

Am 11. Mai 1919, nachmittags 1 Uhr, findet im Krematorium in Tolkmitsch die Absicherung unseres langjährigen Mitgliedes und Gauleiters

Gustav Neuring

statt. Unser Kollege wurde in seiner Amtstätigkeit als Kriegsmarinier am 12. April ein Opfer einer sinnlos aufgesetzten Menge. Er hat jederzeit seine Kraft in den Dienst der Organisation gestellt.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

[S 435]

